



Obwohl ihn das Volk nicht wollte, wird er für die Armee bald wieder zum Thema: Der neue Gripen an einer Präsentation im vergangenen Mai in Schweden.

Keystone

Parmelin zieht die Schraube an

Der Verteidigungsminister verschärft die Gangart gegen Korruption und Rüstungsfilz.

VON HENRY HABEGGER

Unter Bundesrat Guy Parmelin (SVP) geht das Verteidigungsdepartement (VBS) vermehrt auch vorsorglich gegen mögliche Rüstungskorruption und Vetternwirtschaft vor, wie Recherchen ergeben. Das zeigt sich jetzt insbesondere bei der departementsinternen Kampfjet-Expertengruppe. Laut VBS-Sprecherin Karin Suini müssen Mitarbeitende der Bundesverwaltung, die in Beschaffungen involviert sind, ohnehin schon «periodisch eine schriftliche Erklärung abgeben, wonach sie keine privaten Verbindungen zu offerierenden Anbietenden haben». Aber Bundesrat Parmelin und der Leiter der Expertengruppe, Armeechef Claude Meier, wollen mehr: «Der Vorsitzende hat beschlossen, dass die Mitglieder der Expertengruppe zum Start des konkreten Evaluations- und Beschaffungsverfahrens zusätzlich eine schriftliche, auf das Projekt bezogene Unbefangenheitserklärung abzugeben haben», hält die VBS-Sprecherin fest.

Die Expertengruppe besteht aus Mitarbeitern des Generalsekretariats des VBS, der Beschaffungsorganisation Armasuisse und der Gruppe Verteidigung. Mit Ausnahme des Nidwaldner SVP-Regierungsrats Res Schmid, der ein 20-Prozent-Pensum beim VBS hat, sind alle Mitglieder zu 100 Prozent beim VBS angestellt. Die Unbefangenheitserklärung dürfte daher gerade für Schmid relevant werden, dem bei

der letzten Kampfjetausmarchung Nähe zum Gripen-Lager nachgesagt wurde. Der Gripen dürfte auch beim nächsten Versuch, neue Kampfjets zu beschaffen, ein Thema sein.

Diese Expertengruppe soll gemäss VBS bis zum Frühling 2017 die «grundlegenden Fragen zu Bedarf, Vorgehen (Evaluation und Beschaffung) und industriellen Aspekten in einem Bericht beantworten». Thema soll da auch die Zukunft der F/A-18- und Tiger-Kampfflugzeuge sowie die Zusammenhänge mit weiteren anstehenden Beschaffungen wie dem sistierten Lenkwaffensystem Bodluf sein. «Der formelle Beginn des Projekts zur Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs wird erst mit dem Antrag für einen Kredit für Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) erfolgen, so das VBS. Das dürfte voraussichtlich 2017 der Fall sein. Und ab Stadium PEB müssen die Mitglieder der Expertengruppe ihre Erklärung unterschreiben.

Erst eine Prüfung durchgeführt

Am Werk ist im VBS-Auftrag auch eine 14-köpfige externe Kampfjet-Begleitgruppe unter Alt-Ständerat Hans Altherr (FDP, NW). Bei dieser allerdings sind die Anti-Korruptionsmassnahmen weniger ausgeprägt. «Von den Mitgliedern der Begleitgruppe wurden keine schriftlichen Erklärungen verlangt», so die VBS-Sprecherin. Zur Gruppe gehören ehemalige oder aktive Parlamentarier der Bundesratsparteien,

50 Mowag-Panzer für Botswana

Die Thurgauer Mowag, die zum US-Konzern General Dynamics gehört, kann wohl Panzer in Afrikas Süden liefern. Antje Baerschi vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) bestätigt: Im März habe das Seco «im Einvernehmen mit dem EDA eine Voranfrage für die Ausfuhr von 50 gepanzerten Mannschaftstransportern des Typs Piranha an die Armee Botswanas positiv beantwortet. Die Fahrzeuge sollen gemäss Angaben der Firma im Rahmen von UNO-Missionen eingesetzt werden.» Gemäss defenseneews.com zahlt Botswana 179 Millionen Dollar. Lewin Lempert von der GSoA traut der Sache nicht: «Bei jedem Rüstungsgeschäft mit egal welchem Partner besteht ein Restrisiko.» Botswana will auch 12 Gripen kaufen. Dazu gab es Meldungen, dass Mittelsmänner sich dabei eine goldene Nase verdienen. (HAY)

VBS-Grössen wie Luftwaffenchef Aldo Schellenberg, je ein Vertreter von Swissem und Offiziersgesellschaft sowie Vertreter anderer Departemente.

Einzig Alt-SVP-Nationalrat und Rüstungslobbyist Roland Borer wurde einer Prüfung unterzogen, nachdem in den Medien kritische Fragen auftauchten, so das VBS. Borer habe sich daraufhin bereit erklärt, seine Mandate gegenüber dem Präsidenten der Begleitgruppe schriftlich offenzulegen. Präsident Altherr habe darauf festgestellt, «dass Herr Borer keine Mandate mit Bezug zur Flugzeugindustrie hat».

Letzte Woche hat SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz in der «Schweiz am Sonntag» gefordert, dass künftig alle Politiker, die mit Beschaffungen zu tun hätten oder in Aufsichtskommissionen sitzen, Erklärungen unterschreiben müssen, dass sie keine verdeckten Interessen haben. Amstutz lobt nun das Vorgehen bei der VBS-internen Expertengruppe: «Das auch von Bundesrat Parmelin geforderte Umdenken Richtung Transparenz beginnt zu wirken.»

Bei der Begleitgruppe unter Alt-Ständerat Altherr sieht Amstutz aber Handlungsbedarf: «Dass bisher nur Alt-Nationalrat Borer eine Erklärung abgeben musste, ist in Anbetracht des in der gleichen Gruppe tätigen Oberlobbyisten Bieri ein Witz.» Alt-CVP-Ständerat Peter Bieri war lange Verwaltungsrat etwa beim kanadischen Konzern Bombardier, der auch Flugzeuge herstellt.

Kommentar Seite 15

Bundesplatz



Der Freiburger Bundesrat **Alain Berset** ging am Mittwoch im Sprachenstreit in die Offensive. Er setzte den Kantonen ein Ultimatum: Lernen nicht alle Primarschüler der Schweiz eine zweite Landessprache, will er in die Bildungshoheit der Kantone eingreifen. Die Kantone sollen via Sprachengesetz dazu gezwungen werden, ihren Fremdsprachenunterricht anzupassen. Dass Berset dermassen vehement die Konfrontation sucht, scheint seine Bundesratskollegen schwer beeindruckt zu haben. Noch am Mittwoch selbst zeigte sich eine erste direkte Wirkung. Bei Entscheidungen der Bundesräte **Doris Leuthard** und **Ueli Maurer**. Beide ernannten je einen Westschweizer als Amtsdirektor: Leuthard den Walliser **Benoît Revaz** zum neuen Direktor des Bundesamts für Energie. Und Maurer den Freiburger **Pierre Broje** zum neuen Direktor des Bundesamts für Bauten und Logistik (BBL). Dass Deutschschweizer Bundesräte Deutschschweizer Amtsdirektoren ernennen, ist ab sofort ein absolutes No-Go.

Pierre Broje tritt einen multifunktionalen Job an. Das BBL hat 2600 zivile Bauten im Wert von 8 Milliarden im Portfolio, nimmt pro Jahr 25 000 Bestellungen für Büroausrüstungen entgegen, stellt 760 000 neue Pässe aus. Es druckt und verwaltet auch 60 000 Publikationen und Lehrmittel. Was Finanzminister **Ueli Maurer** zur Bemerkung veranlasste: «Die Schweiz ist offenbar immer noch ein Papierland.»

Andreas Fallner, ehemaliger Leiter des Direktionsbereiches Kranken- und Unfallversicherung im Bundesamt für Gesundheit (BAG), ist im Ständerat aufgelaufen mit dem, was viele als Retourkutsche gegen seinen Ex-Arbeitgeber Bund verstanden. Sein «Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen» stand hinter drei gleichlautenden parlamentarischen Initiativen, die den «Tariffrieden» im Gesundheitswesen «wiederherstellen» wollten. Ziel der wiederherstellenden Vorstösse war, Kantonsregierungen und Bundesrat bei der Festsetzung von Tarifverträgen, Tarifstrukturen und Preisen auszu-schalten. Gerade die Kantone wären zu blossen Zahlern degradiert worden, die nichts mehr zu sagen haben. Spitäler und Ärzte hätten sich freuen können über das Schlaraffenland. Der Ständerat hat die Initiativen diese Woche einstimmig abgelehnt. Man nennt sie jetzt die Durchfaller-Initiativen.

Tessin fordert Italienisch für alle

Im Sprachenstreit greift das Tessin ein: Alle Kantone müssten Italienisch in der Primar- und Sekundarschule anbieten.

VON YANNICK NOCK

Bundesrat Alain Berset wirft den Kopf immer wieder nach vorn, die auseinandergerissenen Mundwinkel betonen jede Silbe. Er macht deutlich: Was ich sage, ist wichtig. Wie ich es sage, genauso. Er, der Westschweizer, spricht Deutsch. Die Landessprachen seien «wirklich» entscheidende Merkmale unserer geliebten Schweiz, bekräftigt Berset. Seine Botschaft ist klar: Le français est obligatoire.

Der Bundesrat hat diese Woche verkündet, die Kantone notfalls per Bundesgesetz zum Frühfranzösisch zu zwingen. Damit stellt sich die Landesre-

gierung einer Welle von Volksinitiativen in der Deutschschweiz entgegen, die den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule reduzieren wollen. Doch im Getöse ist eine andere Landessprache untergegangen: Italienisch. Dabei beschworen die Sprachverfechter den nationalen Zusammenhalt.

Das Tessin fühlt sich übergangen – und wehrt sich jetzt. Ihm sei klar, dass Italienisch nicht obligatorisch an allen Schulen gelehrt werden könne, sagt Manuele Bertoli (SP), Erziehungsdirektor des Kantons Tessin, «aber alle Kantone müssten in den Primar- und Sekundarschulen Italienisch zumindest fakultativ anbieten». Eine Auflistung der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zeigt, dass Italienisch in der ganzen Schweiz freiwillig belegt werden kann, in den meisten Kantonen allerdings erst ab dem 8. oder 9. Schuljahr oder wie in Obwalden erst am Gymnasium. Verpflichtend für alle Kinder ist Italienisch nur in Grau-

bünden und natürlich im Tessin. «Die Schweiz ist nicht bilingual», sagt Bertoli, «nur vergessen das viele.» Italienisch gehöre ebenso zu unserem Land wie Deutsch und Französisch. Deshalb müssten Kantone und Schulen den Kursen höhere Bedeutung beimessen.

«Wenn Italienisch nur am Mittwochnachmittag angeboten wird, wenn alle anderen Klassenkameraden frei haben, will natürlich kein Kind oder Jugendliche in den Kurs», sagt er. Es gelte, die Stundenpläne abzugleichen und dabei den Italienischunterricht stärker zu berücksichtigen.

Gymnasien machen es vor

Bertoli kämpft seit Jahren für einen höheren Stellenwert der dritten Landessprache. Er war massgeblich an der Stärkung des Italienischen an den Gymnasien beteiligt. Vor einem Jahr empfahl die EDK den Kantonen, allen Gymnasien, die Italienisch als Maturitätsfach belegen wollen, ein entsprechen-

des Angebot zur Verfügung zu stellen. Wo dies nicht möglich ist, sollten Kooperationen mit anderen Schulen gesucht werden. Dabei geht es auch darum, den Austausch mit den italienischsprachigen Regionen zu fördern. Derzeit arbeiten die Mittelschulen daran, ein Angebot zu schaffen.

«Allen wird es nicht gelingen», sagt EDK-Präsident Christoph Eymann. Aber er ist zuversichtlich, dass mit Kooperationen die meisten Mittelschüler Italienisch als Maturitätsfach belegen können. Ähnlich wie die Romands würden die Tessiner genau darauf achten, welche Bedeutung die Deutschschweizer den Landessprachen beimessen. Erst kürzlich flatterte ihm ein Brief aus dem Tessin auf den Tisch, weil angeblich ein Italienischkurs an der Uni Basel gestrichen werden sollte. «Als Mehrheit müssen wir aufpassen, welche Signale wir in die anderen Landesteile senden», sagt Eymann.

Kommentar Seite 15

Echo

«Er habe im Zusammenhang mit der Kooperation die Sozialwerke nie erwähnt, weil ich immer überzeugt war, dass die Strategie der SVP und FDP hier falsch ist», sagte Gerhard Pfister der «Schweiz am Sonntag.»

«Neue Zürcher Zeitung»

«Die «Schweiz am Sonntag» kritisiert Cinas Wahl scharf und schreibt vom «Mann mit den falschen Tugenden.»

«Walliser Bote»

«In der «Schweiz am Sonntag» fordert der Grüne Grossrat und Gymnasiallehrer Michael Wüthrich die Anwesenheitspflicht für Schüler ab der neunten Klasse, also ab Ende der obligatorischen Schulzeit, abzuschieben.»

«Basler Zeitung»

«Das Medienverständnis der höchsten Schweizerin liege irgendwo zwischen dem Obrigkeitstribun der Berner Patrizier im Ancien Régime und der Zensurbehörde Kasachstans, fand die «Schweiz am Sonntag.»

«Weltwoche»